

Korruptionsprozesse in Vietnam

Die Urteile gegen Trịnh Xuân Thanh

Stefan Kühner

In der letzten Ausgabe berichteten wir ausführlich über den Kampf gegen Korruption und den Prozess gegen Trịnh Xuân Thanh. Beim dessen erstem Verfahren ging es um bewusste Verstöße gegen Wirtschaftsrecht mit Schäden in 3-stelliger Millionenhöhe in US-\$ für den vietnamesischen Staat. In seinem zweiten Verfahren ging es um Unterschlagung und Korruption.

Der Prozess hat in den Medien hierzulande wochenlang für Schlagzeilen gesorgt. Neben der angeblichen Entführung von Trịnh Xuân Thanh aus Berlin standen im Mittelpunkt der Berichterstattung weniger die konkreten Anklagepunkte als die Vermutung, der Angeklagte werde bestimmt zum Tode verurteilt und habe keinen rechtsstaatlichen Prozess zu erwarten. Eine deutsche Rechtsanwältin von Thanh war eigens nach Hanoi geflogen, obwohl sie keinerlei Akkreditierung für dieses Land hat. Nach ihrer Zurückweisung wurde dies mit Schlagzeilen kommentiert wie „keine Presse – keine Anwältin“¹

Die Realität sah anders aus. Der Prozess lief über zwei Wochen und folgte den rechtlichen Gepflogenheiten mit An-

klage, Verteidigungsreden der Anwälte und Schlussworten der Angeklagten und, nach mehreren Beratungstagen des Gerichts, einem Urteil. Vietnamesische Medien berichteten ausführlich. Die deutsche Botschaft war mit einem Diplomaten vertreten, obwohl Thanh nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt.

Prozess Nr. 1: Gericht folgt Anträgen der Anklage

Nach zwei Wochen Verhandlungen und Beratung verkündete am 22.01.2018 das Gericht in Hanoi die Urteile für 22 angeklagte Top-Manager und Angestellte der Firma PetroVietnam (PVN). Im Mittelpunkt der Verhandlungen standen der ehemalige PVN-Vorsitzende Đinh La Thăng und Trịnh Xuan Thanh, ehemali-

¹ taz vom 05.01.2018

ger Vorsitzender der PVN-Tochtergesellschaft PetroVietnam Construction JSC (PVC). Letzterer war unter nicht geklärten Umständen aus Berlin verschwunden und kurz darauf in Hanoi als ‚reumütig Zurückgekehrter‘ im vietnamesischen Fernsehen zu sehen. Deutsche Behörden vermuten eine Entführung und äußerten höchste Bedenken über einen fairen Prozess gegen Thanh. Thanh erhielt nun eine lebenslange Freiheitsstrafe. Sein Chef Đinh La Thăng erhält 13 Jahre Freiheitsentzug. Das Gericht folgte damit den Vorschlägen der Anklage.²

Dieser Prozess erfuhr in den vietnamesischen Medien große Aufmerksamkeit. Fast täglich gab es ausführliche Berichte. Sowohl die Anklage als auch die Angeklagten kommen darin mit Aussagen zu Wort.³

Bei Prozessbeginn am 08.01. erhielt Trịnh Xuân Thang Gelegenheit, Stellung zu nehmen, wie und warum es zu den exorbitanten Verlusten beim Bau von Kraftwerken gekommen sei. Er räumte ein, Verträge nicht ausreichend geprüft und trotzdem unterschrieben zu haben und weitere Personen angewiesen zu haben, dies ebenfalls zu tun. Auf die Fragen nach hohen Vorauszahlungen, die in einem Projekt geflossen seien, lehnte er Aussagen ab und verwies auf die Zuständigkeit von anderen Angeklagten.⁴

Das Gericht bezeichnete den Fall als „besonders schwer“. Die Angeklagten hätten ihre Positionen bei staatlichen Projekten von nationaler Bedeutung

missbraucht. Der Vorwurf lautet gemäß Artikel 165 Absatz 3 des vietnamesischen Strafgesetzbuchs „vorsätzliche Verstöße gegen die Verwaltungsvorschriften des Staates für die Wirtschaftsführung“.

Beide Hauptangeklagten waren geständig und gaben zu, Fehler gemacht zu haben. Beide baten um milde Urteile und um Begegnungen mit Familienangehörigen vor Antritt ihrer langen Haftstrafen. Trịnh Xuân Thanh bat vor Strafantritt nochmals einige Zeit mit seiner Familie in Deutschland verbringen zu dürfen. Er sagte, seine Frau und seine zwei Kinder, von denen die jüngere Tochter sechs Jahre alt sei, hätten es in Deutschland schwer. „Ich hoffe, dass die Richter mir die Chance geben werden, mich um meine Kinder zu kümmern“, sagte er in seiner Abschlusserklärung vor Gericht. „Ich bedauere das, was ich getan habe, sehr“, fügte er hinzu.⁵ Auch der ehemalige PNV-Chef Đinh La Thăng, der zusätzlich Parteichef von Ho Chi Minh Stadt war, bereute seine Vergehen und bat, vor Antritt seiner langen Haftstrafe, zum Tet-Fest (dem vietnamesischen Neujahrsfest Mitte Februar) seinen Vater im Krankenhaus besuchen zu dürfen.⁶

Gleichzeitig fand in Ho-Chi-Minh-Stadt parallel ein Prozess statt, bei dem ein Betrugsfall in Höhe von 400 Millionen US-\$ verhandelt wurde, in den die vietnamesischen Baubank verwickelt ist.

In der umfassenden Kampagne gegen Korruptionskriminalität stehen Ban-

² VNS 22.01.2018

³ z.B. *VN Express Online* 16.01.2018

⁴ *VietnamNet Bridge Online*; 09.01.2018

⁵ nach einem Bericht von *VN Express* vom 17.01.2018

⁶ *VN Express Online* 17.01.2018

ken und der Energiesektor Vietnams im Mittelpunkt. Der Generalsekretär der KP Vietnam Trong hat sich an die Spitze dieser Kampagne gestellt und mehrfach erklärt, dass „eine sinkende Moral und ein dekadenter Lebensstil“ unter Parteimitgliedern um sich greife. Korruption, Vetternwirtschaft, Bürokratie, Opportunismus und Individualismus seien offensichtlich. Solche Kader hätten sich meilenweit von der öffentlichen Meinung und den Problemen der normalen Menschen entfernt.⁷

Xuân Thanh Prozess Nr. 2 Unterschlagung in Höhe von über 600.000 US-\$

In diesem Verfahren stand Trịnh Xuân Thanh mit sieben weiteren Personen wegen der Veruntreuung von 49 Mrd. VND (mehr als 2 Mio. US-\$) bei einem Beteiligungsverkauf im Jahr 2010 vor Gericht.

Die Staatsanwälte sagten, dass Thanh allein 14 Mrd. VND (616.500 US-\$) eingesteckt, das Geld aber zurückgegeben habe, nachdem der Fall aufgedeckt worden war. Laut Anklage verkaufte er Anteile an einem Projekt in Hanoi deutlich unter Wert an einen privaten Entwickler. Dafür soll er umgerechnet mehr als eine halbe Million US-\$ Schmiergeld bekommen haben.

Veruntreuung von Eigentum in schweren Fällen kann in Vietnam mit dem Tod bestraft werden, aber das überarbeitete Strafgesetzbuch, das seit Beginn dieses Jahres in Kraft ist, erlaubt es

Angeklagten, der Todesstrafe zu entgehen, wenn sie mindestens 75 Prozent des unterschlagenen Geldes zurückzahlen.⁸

Das Urteil gegen Xuân Thanh in diesem zweiten Prozess wurde am 05.02.2018 gesprochen. Wegen persönlicher Bereicherung und der Veruntreuung von Betriebsvermögen wurde erneut eine lebenslangen Haftstrafe verhängt. Auf die Todesstrafe, die wegen schwerwiegender Schädigung der Wirtschaft und des Staates verhängt werden kann, verzichtete die Anklagevertretung. Weitere sieben mitangeklagte frühere Manager von PVC erhielten wegen Veruntreuung zwischen sechs und 16 Jahre Haft.⁹

Nach wie vor: Hetze gegen Vietnam

Begleitet wurden die Prozesse in der deutschen Presse durch ein Trommelfeuern gegen Vietnam. Vor dem Hintergrund der nicht geklärten Rückkehr des Angeklagten Trịnh Xuân Thanh aus Berlin nach Vietnam (siehe VNK 2/2017) standen die drohende Todesstrafe und die Prozessführung im Mittelpunkt der Berichterstattung. Geprägt wurden sie durch Mutmaßungen und Vorwürfe gegen Vietnam sowie die Behauptung, die Anklagen gegen Thanh und andere seien vor allem Machtkämpfen in der KP Vietnams geschuldet. „Mitten am Tag, mitten in Berlin: Ein vietnamesischer Geschäftsmann wird im Sommer entführt, ins Ausland geschafft und steht ab heute in Vietnam vor Gericht. Korruption und Misswirt-

⁷ VNExpress Online 17.10.2016

⁸ VNExpress online 24.01.2018

⁹ VietNamNews 05.02.2018

schaft lautet die Anklage – doch vieles deutet auf andere Gründe hin. Die Regierung scheint Insider mundtot machen zu wollen“, meldete beispielsweise der *Deutschlandfunk*.¹⁰ Der *Berliner Tagespiegel* schreibt am selben Tag „Trinh Xuân Thanh droht im Fall einer Verurteilung die Todesstrafe. Einst hatte er in der DDR studiert, sich 2016 nach Deutschland abgesetzt und Asyl in Berlin beantragt. ...“ Trinh Xuân Thanh sei „Opfer eines Machtkampfs in der KP Vietnams geworden. Er gilt als Anhänger des 2016 entmachteten Regierungschefs Nguyễn Tấn Dũng“. Besonders heftig mit Vorwürfen taten sich zwei Zeitungen hervor, von denen man eigentlich Anderes erwartet hätte. Die *taz* titelt am 05.01: „Keine Presse, keine Anwältin“. Erst im Artikel erfährt man dann, dass bei dem Prozess keine Pressevertreter aus Deutschland zugelassen wurden und eine Anwältin mit einem Touristenvisum nach Hanoi geflogen war, um in dem Prozess Trinh Xuân Thanh zu verteidigen. Da sie keine Akkreditierung für ein vietnamesisches Gericht hat, wurde sie (logischerweise) zurückgewiesen¹¹. Drei Tage später legt das Blatt nach: „Es ist ein Prozess, den die vietnamesische Regierung am liebsten unter dem Radar der ausländischen Beobachter laufen wüsste: Am Montag beginnt im Volksgericht¹² in Hanoi der Pro-

zess gegen Trinh Xuân Thanh, der nach Erkenntnissen deutscher Ermittler aus Deutschland nach Vietnam entführt worden ist. Die internationale Presse darf nicht ins Gericht.“ Die Autorin Marina Mai versteigt sich dann ein paar Zeilen weiter in wilde Vorwürfe: „die Kommunikation per Internet ist teils lahmgelegt: Die vietnamesische Regierung hat angekündigt, dass die Internetleitungen aus dem südostasiatischen Land in die Welt und zurück ab Sonntag drei Tage lang zeitverzögert arbeiten würden. Der Grund seien Reparaturarbeiten, hieß es von offizieller Seite.“¹³ Frau Mai wütet parallel dazu im *Neuen Deutschland* (ND) am 09.01.2018 mit kruden Vorwürfen gegen Vietnam. „Thanh lebte rund elf Monate in Berlin, weil er hier Schutz vor politischer Verfolgung suchte.“ Kurz zuvor hatte das ND unter dem Titel „Kommunistische Partei verkündet Säuberung“ geschrieben: „Ob es hier tatsächlich um die Bekämpfung von Korruption geht oder ob einer der noch wenigen Reformer innerhalb der Kommunistischen Partei mundtot gemacht und kriminalisiert werden soll, ist von außen schwer zu beurteilen.“ Um einen Satz später richtig auszuholen „Einen Tag vor der Festnahme von Đinh La Thăng hat Vietnams KP eine beispiellose stalinistische Säuberung verkündet.“¹⁴

Nachdem (siehe oben) schnell klar wurde, dass es keine Todesurteile geben würde und der Prozess durchaus fair verläuft, flaute die allzu plumpe Polemik et-

10 am 08.01.2018

11 <http://www.taz.de/!5475009/>

12 Die Übersetzung von People's Court als Volksgericht ist wohl formal korrekt, hat aber in Deutschland einen unlauteren politischen Beigeschmack. Nach hi3r g3läufiger Terminologie wäre eine Übersetzung mit „Oberlandesgericht“ angemessen.

13 <https://www.taz.de/Archiv-Suche/!5472307&s=Vietnam/>

14 ND am 11.12.2017

was ab. Der Verzicht auf die Todesurteile wurde dem „Eingreifen Deutschlands“ zugerechnet. Stattdessen wurde aber das Thema politische Verfolgung von Bloggern nach vorne geschoben. So titelte die *Süddeutsche Zeitung* (SZ) am 22.01. „Dreifaches Schurkenstück – Das darf sich Deutschland nicht gefallen lassen“, und selbst das VERDI-Magazin *Menschen machen Medien* reiht sich in die Kampagne ein. In einem Betrag über eine Veranstaltung von *taz*, *Reporter ohne Grenzen* und in Berlin lebenden (streng antivietnamesisch eingestellten) Bloggern wimmelt es nur so von Vorwürfen und Behauptungen wie „Verhaftungen stehen auf der Tagesordnung“, die „Repression hat sich verstärkt“, der „Staat verfügt über eine Armada von Cy-

ber-Soldaten“.

Immerhin war das VERDI-Magazin so fair, Leserzuschriften von mir als Vorstandsmitglied der Freundschaftsgesellschaft Vietnam zu publizieren. Im Gegensatz zum ND. Die Redaktion weigerte sich, meine Leserbriefe, Onlinekommentare und eingereichten Artikel, aber auch Beiträge eigener (!) ehemaliger Vietnam-Korrespondenten anzunehmen. In einem Telefongespräch verteidigte ein Redaktionsmitglied dieses Vorgehen explizit. Auf die Frage, warum nicht die vietnamesische Seite zu dem Thema Korruption und der Prozessberichterstattung ausführlicher berücksichtigt werde, gab es die Antwort: für die Leser des ND sei die Stellungnahme der Bundesregierung zu dem Fall interessanter.